

Stadt Frankenberg/Sa.
Stadtrat

Frankenberg/Sa., den 07.07.2026

***Niederschrift
des öffentlichen Teils der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt
Frankenberg/Sa. am 17.06.2026***

Ort: Veranstaltungs- und Kulturforum Stadtpark Frankenberg/Sa., Hammertal 3

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21.34 Uhr

Vorsitzender

Bürgermeister

9 Stadträte CDU-Fraktion

5 Stadträte AfD-Fraktion

3 Stadträte BSW-VG-Fraktion

2 Stadträte SPD/Die Linke-Fraktion

Stadtverwaltung

SB Haushaltswirtschaft
Referentin des Bürgermeisters
SB Presse/Öffentlichkeitsarbeit
Amtsleiter Bauaufgaben
SGL Zentrale Dienste/Personal
SGL Bildung, Vereine, Sport
SB Kitas

Gäste

Geschäftsführer WGF mbH
Geschäftsführer GGF mbH
Ortsvorsteher Mühlbach/Hausdorf
Ortsvorsteher Sachsenburg/Irbersdorf
Vertreter Freie Presse
35 Bürger

es fehlen:

1 Stadtrat BSW-VG-Fraktion

2 Stadträte AfD-Fraktion

Tagesordnung:

1. Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bericht des Bürgermeisters
3. Bekanntgabe der Beschlüsse aus nicht öffentlicher Sitzung
4. Einwohnerfragestunde
5. Beschluss zur Petition "Stoppt die Privatisierung der Kita Taka-Tuka-Land"
6. Beschluss zur Kapazitätsreduzierung der Kindertagesstätten in der Stadt Frankenberg/Sa.
7. Beschluss zur Ausschreibung für die Produktion und Verteilung des Amtsblattes der Stadt Frankenberg/Sa. und ihren Ortsteilen
8. Beschluss zur Verhinderungsstellvertretung Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen
9. Beschluss über die Zuschusszahlung an die Frankenger Kultur gGmbH im Haushaltsjahr 2026 - III. Quartal
10. Beschluss zur Auszahlung der Haushaltsmittel an die Ortschaften für das II. Quartal
11. Beschluss zum Verzicht auf den Gesamtabchluss der Stadt Frankenberg/Sa. für das Haushaltsjahr 2026
12. Beschluss zur Haushaltssatzung 2026 mit Haushaltsplan der Stadt Frankenberg/Sa.
13. Beschluss zur Beteiligung der Stadt Frankenberg/Sa. im Rahmen der öffentlichen Auslegung zum Entwurf des Raumordnungsplanes Wind (ROPW)
14. Beschluss zum Antrag des Ortschaftsrates Mühlbach/Hausdorf zur Windkraft
15. Beschluss zum Kommunalinvestitionskraftstärkungsverordnung – KomInvStärkVO / SaFoG-Mittel (Sachsenfonds)
16. Beschluss zur Anpassung der Vereinsmieten
17. Beschluss zur Verwendung der verbliebenen Spendengelder aus der Instandsetzung des Marktbrunnens "Nackscher Mann"
18. Beschluss zum Antrag der AfD-Fraktion - Offenlegung aller freiwilligen Aufgaben
19. Mitteilungen und Anfragen

TOP 1 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Stadtratssitzung und begrüßt die Damen und Herren Stadträte, die Sachbearbeiterin Haushaltswirtschaft, die Sachgebietsleiterin Zentrale Dienste, den Amtsleiter Bauaufgaben, die Geschäftsführer der WGF und GGF, die weiteren Mitarbeiterinnen der Verwaltung, den Ortschaftsratsvorsitzenden aus Mühlbach/Hausdorf sowie aus Sachsenburg/Irbersdorf., den Vertreter der Freien Presse sowie die eingeladenen Gäste und die anwesenden Bürger.

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht elektronisch versendet wurde. Die Sitzungsvorlagen mit den Anlagen wurden in das Ratsinfosystem eingestellt und freigegeben. Es gibt keine Einwände gegen die fristgerechte Ladung, eventuelle Ladungsmängel sind somit geheilt. Der Stadtrat ist mit 19 Stimmberechtigten beschlussfähig. Es fehlen zwei Stadträte entschuldigt und ein Stadtrat unentschuldigt. Ein Stadtrat der Fraktion SPD/ Die Linke hat späteres Erscheinen angekündigt.

Die Tagesordnung umfasst 19 Tagesordnungspunkte.

Ein Stadtrat der Fraktion SPD/ Die Linke stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung die TOP 5 und 6 hinter den TOP 12 zu verschieben.

Der Bürgermeister sowie ein Stadtrat der AfD-Fraktion sprechen sich gegen das Verschieben aus. Die Tagesordnung wurde bewusst so aufgestellt und im Ältestenrat abgestimmt.

<u>Abstimmungsergebnis</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
<u>GO-Antrag:</u>	Anwesend:	Bürgermeister und 18 Stadträte

1 Ja- Stimmen	15 Gegenstimmen
3 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Der Bürgermeister teilt weiterhin mit, dass er bei den TOP 9 und 13 Befangenheit anzeigt und diese TOP vom 1. Stellvertretenden Bürgermeister übernommen werden.

TOP 2 *Bericht des Bürgermeisters*

Der Bürgermeister berichtet über folgende aktuelle Dinge:

BBM

- 28.05. Besuch Kultusminister GS St. Katharina und KITA Pustoblume
- 06.06. Jobmesse ZWS
- 05.-07.06. Sachsenburger Dialog
- 12. – 14.06. Frankenberger Stadtfest – Danke an das Team der FKG und den Bauhof
- Städtepartnerschaftlicher Austausch mit Strzelin im Bereich Kunst in der Stadtgalerie, bis 14.6. war die Ausstellung „Close to Herself“ von Dominika Lucysz zu sehen, eine Ausstellung in Polen von Frankenberger Künstlern ist Ende August geplant
- Eröffnung Freibad – letztes Maiwochenende
- 16.06. Besuch der Staatsministerin für Sport und Ehrenamt im Freibad – Schwimmbadtag der DLRG
- Aufruf zu Nominierungen für den diesjährigen Ehrenamtsempfang erfolgte am 12.06.26 – Einreichfrist 10.08.2026, Formular kann von der Website heruntergeladen werden, RL Landkreis Mittelsachsen zur Förderung von bürgerschaftlichen Engagements (800 € in diesem Jahr)

Finanzen

- Der Kassenstand beträgt 1,7 Mio. €; gegen Jahresende dauerhaft im Kassenkredit
- die Gewerbesteuer ist unter dem Planansatz

Amt II

Tiefbau :

Fertigstellung:

- Asphaltsanierung B169 OD Dittersbach Mai – Okt. 2025 (Gemeinschaftsmaßnahme mit LASuV) Verkehrsfreigabe 22.05.26 (Restarbeiten z.B. Reparatur Bankette Bus-Umleitung bis 30.06.26)
- E-Ladestation(en) eliso. Inbetriebnahme am 16.06. erfolgt

im Bau:

- LRA Mittelsachsen Ausbau K8203 OD Mühlbach 4.BA als Gemeinschaftsmaßnahme mit Stadt, Ausführung 04.05.-16.07.26 Fa. Walter
- Auswechslung Brückenlager Merzdorfer Str. über die Zschopau (Fa. Litterer bis 07/26)
- Kappensanierung Brücken Merzdorfer Str. Fa Litterer bis 04.07.26
- GDMcom Arbeiten Gashochdruckleitung im Bereich Langenstriegis, Dittersbach, Lützelbach bis Merzdorf 02-09/2026

in Vorbereitung:

- Ersatzneubau Brücke Neudörfchener Weg 22 (aktuell beschränkt 2,5 t) Bauwerksprüfung 10/2025 – Ortstermin mit UWB (unterer Wasserbehörde) erfolgte 11.06.26
- Ersatz Brücke Amalienstr. ins Lützeltal (Durchlass mit Dammschüttung)
- LASuV Asphaltanierung S 203 Äuß. FG-Str. / K 8234 Mühlbacher Str. (Vollsperrung!) Sommerferien (Abstimmung Bundeswehr...), Termin ist unbekannt
- S202 nach Sachsenburg hat beim LASuV hohe Priorität, die Kosten betragen 3,8 Mio. €, die im Doppelhaushalt 2027/28 des Freistaates eingeplant werden müssen
- Planung B180 Richtung Altenhain läuft, Baubeginn aber nicht bekannt

Hochbau:

Abgeschlossen:

- Leadermaßnahme: Salpetersanierung Trauerhalle Sachsenburg
- Leadermaßnahme: Gehweg Trauerhalle Hausdorf

Im Bau:

- Austausch der ELA (elektroakustische Anlage = Sprachdurchsage) der EVS
- Restarbeiten beim Schaden Erich-Viehweg-Oberschule; Schaden wird komplett von Versicherung getragen

Der Bürgermeister teilt mit, dass der jetzige Geschäftsführer der WGF das Unternehmen zum 01.08.2026 verlässt. Er dankt ihm ausdrücklich und stellt die neue Geschäftsführerin vor.

TOP 3 *Bekanntgabe der Beschlüsse aus nicht öffentlicher Sitzung*

Der Bürgermeister verliest die drei einstimmig gefassten Beschlüsse aus der außerordentlichen nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 20.05.2026:

1. Beschluss zur Bestellung der Geschäftsführerin der Wohnungsgesellschaft mbH Frankenberg/Sa.
2. Beschluss zur Vertragsänderung des Geschäftsführers der Wohnungsgesellschaft mbH Frankenberg/Sa.
3. Beschluss zur Abberufung des Geschäftsführers der Wohnungsgesellschaft mbH Frankenberg/Sa.

Damit sind diese Beschlüsse öffentlich bekanntgegeben.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Der Bürgermeister eröffnet um 19.25 Uhr die Einwohnerfragestunde. Er bittet die Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen zu stellen. Er weist darauf hin, dass die Einwohnerfragestunde nach Geschäftsordnung maximal 30 Minuten beträgt.

Der fehlende Stadtrat der Fraktion SPD/ Die Linke betritt den Sitzungssaal, somit sind 20 Stimmberechtigte anwesend.

Es melden sich folgende Bürger:

Die Vorsitzende des Elternrates TTL: Sie teilt mit, dass der Elternrat am 11.06.2026 eine Mail mit Forderungen an die Fraktionsvorsitzenden geschickt hat. Sie möchte wissen, ob

1. alle Stadträte die Mail erhalten haben?
2. die Punkte in den Beschluss aufgenommen werden können?

Der Bürgermeister beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Er weist darauf hin, dass keine Fragen an die Stadträte gerichtet werden können. Er kann aber bestätigen, dass die Fraktionsvorsitzenden die Mail erhalten haben.
2. Der Übernahmevertrag ist heute nicht Bestandteil der Sitzung und die genannten Forderungen sind alle strukturell. Die Gruppen werden nicht in der heutigen Form bestehen bleiben, da diese ohnehin zum Schuljahresbeginn neu strukturiert werden müssen. Ob die Erzieher in den Gruppen bleiben, ist die Entscheidung der einzelnen Erzieher. Er sichert zu, dass alles, was konzeptionell möglich ist, beibehalten wird. Die Kooperation zwischen Kita und Sportverein liegt nicht in der Entscheidungskompetenz des Stadtrates.

Ein Bürger aus Dittersbach hat folgende Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand zum Schloss Sachsenburg und zum Rittergut?
2. Hat die Stadt Aktionen Richtung Freistaat Sachsen geplant hinsichtlich des Betreuungsschlüssels?

Der Bürgermeister beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Die Stadt sollte sich von beidem trennen. Der Ausschuss hat den Bürgermeister beauftragt, das Rittergut auszuschreiben.
2. Zum Thema gab es bereits einen Beschluss des Stadtrates. SSG, SMK und SLT wurden angeschrieben. Der Zuschuss hat sich um 315.000 € pro Jahr erhöht, die Sachkosten steigen trotzdem weiter. Der Bürgermeister ist im ständigen Austausch mit dem SSG. Am 22.06. findet ein bundesweiter Aktionstag der Kommunen statt.
3. Der Bürgermeister beglückwünscht Herrn Schmitz zu seiner Vereidigung als Ortschaftsrat und wünscht viel Erfolg.

Eine Bürgerin der Stadt hat folgende Frage:

Kann der Bauhof bei der Pflege des Garagenkomplexes an der Oberschule unterstützen?

Der Bürgermeister beantwortet die Frage wie folgt:

Er bittet um Klärung innerhalb der Verwaltung.

Eine Kitaleiterin hat folgende Frage:

Kann die Stadt auf der Jahnkampfbahn eine Flutlichtanlage installieren?

Der Bürgermeister beantwortet die Frage wie folgt:

Nein. Dies sollte bereits vor Jahren erfolgen mit einer Förderung über EFRE (Kosten 40.000 €). Die Sportler hatten die damalige Variante abgelehnt und wollten eine wettkampftaugliche Beleuchtung (150.000 €). Dazu wurde ein Beleuchtungsgutachten erstellt. Flutlicht ist grundsätzlich verboten, da dieses die Anwohner stören würde.

Der Bürgermeister schließt die Einwohnerfragestunde um 19.38 Uhr.

TOP 5 *Beschluss zur Petition "Stoppt die Privatisierung der Kita Taka-Tuka-Land"*
Vorlage: 0.1-936/2026/2

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD teilt mit, dass ein Stadtrat der AfD-Fraktion nicht mehr erscheinen wird.

Der Bürgermeister fragt die anwesenden Bürger, ob die Petentin anwesend ist. Dies ist nicht der Fall. Er informiert darüber, dass die Verwaltung eine Mitteilung erhalten hat, dass die Petentin keine Mitarbeiterin der Gewerkschaft GEW ist und die Petition nicht von GEW kommt. Die Petition wurde ausführlich beraten und soll heute vom Stadtrat beschlossen werden.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD stellt klar, dass er letztes Jahr für die Petition zum Erhalt der Kita Windrädchen war. *Heute* geht es um etwas anderes. Wird der Petition entsprochen, schränkt es sämtliche Entwicklung der Kitalandschaft ein.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU spricht sich ebenfalls gegen die Petition aus. Die Argumente sind aus seiner Sicht falsch.

Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion SPD/ Die Linke kann seinen Vorrednern nicht zustimmen. Kitas sollten grundsätzlich in staatlicher Hand bleiben. Seine Fraktion schließt sich der Petition an.

Ein Stadtrat der AfD-Fraktion hat die Petition unterstützt, in der Hoffnung, zum Thema mit der Gewerkschaft ins Gespräch zu kommen. Dies hat nicht stattgefunden. Nach Bekanntwerden, dass die Petition nicht von der GEW kommt, kann er sich nicht mehr anschließen.

Beschluss

Der Petition wird nicht entsprochen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 19 Stadträte
	14 Ja- Stimmen	3 Gegenstimmen
	3 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

**TOP 6 *Beschluss zur Kapazitätsreduzierung der Kindertagesstätten in der Stadt
Frankenberg/Sa.***
Vorlage: 1.3-150/2026/1

Zwei Stadträte zeigen Befangenheit an und setzen sich in den Zuschauerbereich.

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt und betont, dass immer alles offen und ausführlich kommuniziert wurde und verschiedene Wege versucht wurden.

Der Beschluss ist dem aus 2025 ähnlich, umfasst jetzt aber alle Einrichtungen. Die Kapazitäten müssen an die Entwicklung der Kinderzahlen angepasst werden.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD fasst zusammen, dass es keine anderen Träger gibt, die Interesse haben und es auch keine anderen finanzierbaren Lösungen gibt. Die AfD-Fraktion hatte Forderungen hinsichtlich der Übernahme eingebracht, welche auch übernommen wurden.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU weist darauf hin, dass es 7 Kitas in der Stadt gibt und in der Vergangenheit mit über 100 Geburten geplant wurde. Der jetzige Beschluss umfasst alle Kitas und es werden Kapazitäten reduziert. Es wurden alle freien Träger abgefragt, ein Übernahmeangebot gab es nur von der GGB.

Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion SPD/ Die Linke kritisiert den gesamten Prozess. Aus seiner Sicht ist der Beschluss nicht der Wille der Bürger. Es gab aus seiner Sicht einen besseren Vorschlag, der 800.000 € Einsparung gebracht hätte.

Der Bürgermeister korrigiert die Aussage des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion SPD/ Die Linke und gibt einen Abriss der Bemühungen der letzten Monate.

Die Fraktionsvorsitzende des BSW stimmt dem Fraktionsvorsitzenden der Fraktion SPD/ Die Linke zu. Es gab andere Vorschläge. Sie kritiert, dass der Geschäftsführer der GGB in der Stadt so verteufelt wird. Der Träger leistet hervorragende Arbeit wie auch die anderen freien Träger.

Eine Stadträtin der CDU-Fraktion spricht sich gegen den Beschluss aus. Ihrer Meinung nach bedeutet der Trägerwechsel eine große Veränderung für die Kinder.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt:

1. im Einvernehmen mit dem Träger „Gesellschaft zur ganzheitlichen Bildung gGmbH Sachsen“ (GGB) und unter Einhaltung der nachfolgend aufgeführten verbindlichen Bedingungen

- die Schließung der Kita „Little Foxes“ durch den Zusammenschluss der Kita „Little Foxes“ mit der Kita „Taka-Tuka-Land“ sowie
 - den Übergang der Trägerschaft der Kita „Taka-Tuka-Land“ an den freien Träger GGB.
- verbindliche Bedingungen:

- Die bisherigen pädagogischen Konzepte der Einrichtungen „Little Foxes“ und „Taka-Tuka-Land“ werden im Zuge der Zusammenlegung zu einem einheitlichen Gesamtkonzept verschmolzen mit dem Ziel der Schaffung einer homogenen Einrichtungsstruktur unter Wahrung der Kernprofile (bilingual/naturwissenschaftlich).

- Die Ausarbeitung des verschmolzenen Konzepts erfolgt unter Einbeziehung der beiden gleichberechtigten Leitungsteams und Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben.
- Der Übergang des städtischen Personals an den freien Träger GGB erfolgt nur unter folgenden, vertraglich fixierten Bedingungen:
 - Kündigungsschutz: Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen sowie eine Standortgarantie des Arbeitsplatzes für Frankenberg/Sa. für mindestens 5 Jahre.
 - Dynamische Bindung in Anlehnung an den TVöD (oder gleichwertig) inklusive aller künftigen Steigerungen und Stufenlaufzeiten.
 - Vollständige Anrechnung der bisherigen Betriebszugehörigkeit sowie Übernahme der bestehenden Eingruppierungen.
 - Beide bisherigen Leitungsteams bleiben als gleichberechtigte Leitungen mit ihren derzeitigen Verträgen und Funktionszulagen bestehen. Die dadurch entstehenden Personalkosten über dem gesetzlichen Personalschlüssel gemäß § 12 SächsKitaG trägt der freie Träger GGB.
- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den finalen Übernahmevertrag mit der GGB, der die Bedingungen gemäß Nr. 1 (insbesondere die Konzeptverschmelzung und die Personalgarantien) rechtssicher enthält, dem Stadtrat vor Unterzeichnung zur abschließenden Bestätigung vorzulegen.

2. Für die Kita „Windrädchen“ in Mühlbach wird eine über das Jahr 2026 hinausgehende Planungssicherheit festgeschrieben. Eine erneute Evaluation der Einrichtung, hinsichtlich der Belegungs-/Anmeldezahlen und der damit verbundenen Wirtschaftlichkeit, erfolgt im Rahmen der städtischen Kitabedarfsplanung ab dem Schuljahr 2028/2029 im 1. Quartal 2028. Bis zum Ende des Schuljahres 2027/28 ist die Kita ohne Aufnahmestopp weiterzuführen.

3. Die Kapazität der Kita „Pustebblume“ wird zum 01.08.2026 um 19 Plätze verringert.

4. Die Kapazität der Kita „Heinzelmännchen“ wird um 4 Plätze reduziert, da bis zu 4 Integrationsplätze für Kinder mit Behinderung geschaffen werden.

5. Für die Umsetzung der oben genannten Ziffern 1 bis 4 dieses Beschlusses, ist die Einarbeitung dieser Kapazitätsreduzierungen in die Fortschreibung der Kitabedarfsplanung des Landkreises Mittelsachsen und Beschluss durch den Jugendhilfeausschuss Voraussetzung.

6. Der Bürgermeister wird beauftragt, mit den freien Trägern der Kitas „Heinzelmännchen“ und „Triangel“ Gespräche zu führen, um die bisherigen Kapazitäten unter Wahrung der Wirtschaftlichkeit an den derzeitigen Bedarf anzupassen.

Dazu sind die Ergebnisse dem Stadtrat spätestens im 4.Quartal 2026 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Soll: Bürgermeister und 22 Stadträte
 Anwesend: Bürgermeister und 19 Stadträte

12 Ja- Stimmen 3 Gegenstimmen
 3 Stimmenthaltungen 2 Befangenheit

Die befangenen Stadträte nehmen wieder ihre Plätze ein.

**TOP 7 *Beschluss zur Ausschreibung für die Produktion und Verteilung des
Amtsblattes der Stadt Frankenberg/Sa. und ihren Ortsteilen***
Vorlage: 2.1-163/2026/1

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt. Der heutige Beschluss ist zudem der Beschluss, dass das Amtsblatt beibehalten wird.

Seitens der Damen und Herren Stadträte gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss

1. Der Stadtrat hält grundsätzlich am Erscheinen des Frankenberger Amtsblattes fest.
2. Der Stadtrat beauftragt den Bürgermeister die Ausschreibung für die Produktion und Verteilung des Amtsblattes der Stadt Frankenberg/Sa. und ihrer Ortsteile zu veranlassen und dem Stadtrat die Vergabe zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 19 Stadträte
	20 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	0 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

**TOP 8 *Beschluss zur Verhinderungsstellvertretung Studieninstitut für kommunale
Verwaltung Südsachsen***
Vorlage: 1.1-096/2026/1

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt. Aufgrund von Personaländerungen ist dieser Beschluss notwendig.

Seitens der Damen und Herren Stadträte gibt es keine Wortmeldungen. Der Bürgermeister weist auf die Formulierung des Beschlussvorschlages hin und dass eigentlich eine Wahl stattfinden müsste. Er fragt die anwesenden Stadträte, ob jemand einer offenen Abstimmung widerspricht. Da dies nicht der Fall ist, bittet der Bürgermeister um die Abstimmung.

Beschluss

Der Stadtrat wählt zur Verhinderungsstellvertretung des Bürgermeisters bzw. der stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Frankenberg/Sa. folgende Bedienstete

- Frau Nora Schneider	zur 1. Vertreterin
- Frau Silke Wendt	zur 2. Vertreterin
- Frau Janine Melzer	zur 3. Vertreterin

in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 19 Stadträte
	20 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	0 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 9 *Beschluss über die Zuschusszahlung an die Frankenberger Kultur gGmbH im Haushaltsjahr 2026 - III. Quartal*
Vorlage: 2.2-317/2025/5

Der Bürgermeister zeigt zum TOP Befangenheit an und setzt sich in den Zuschauerbereich. Der 1. Stellvertretende Bürgermeister übernimmt die Leitung des TOP und erläutert den Sachverhalt. Der Beschluss ist notwendig, da sich die Stadt noch immer in der vorläufigen Haushaltsführung befindet. Der Aufsichtsrat hat den Wirtschaftsplan mit den Kürzungen beschlossen.

Seitens der Damen und Herren Stadträte gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt für das Haushaltsjahr 2026 III. Quartal die vorläufige Zuschusszahlung für laufende Zwecke in Höhe von 250.000,00 € an die Frankenberger Kultur gGmbH (FKG).

Die Zahlungen werden vom Geschäftsführer der Gesellschaft bei Bedarf abgerufen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Stadträte über die Entwicklung des tatsächlichen Zuschussbedarfes 2026 sowie die einzelnen erfolgten Abrufe zu informieren.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 19 Stadträte
	16 Ja- Stimmen	3 Gegenstimmen
	0 Stimmenthaltungen	1 Befangenheit

Der Bürgermeister übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

TOP 10 *Beschluss zur Auszahlung der Haushaltsmittel an die Ortschaften für das II. Quartal*
Vorlage: 0.1-945/2026/1

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt. Der Beschluss ist notwendig, da sich die Stadt noch immer in der vorläufigen Haushaltsführung befindet. Die Mittel sind so eingeplant.

Ein Stadtrat der AfD-Fraktion fragt nach, ob mittlerweile alle Ortschaften ein Konto haben.

Der Bürgermeister verneint dies. Die Mittel werden dennoch zur Verfügung gestellt.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt die Auszahlung der Haushaltsmittel der Ortschaften für das Haushaltsjahr 2026 II. Quartal wie folgt:

Altenhain	575,00 €
Sachsenburg/Irbersdorf	600,00 €
Langenstriegis	550,00 €
Dittersbach	600,00 €
Mühlbach/Hausdorf	750,00 €

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 19 Stadträte
	20 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	0 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 11 *Beschluss zum Verzicht auf den Gesamtabschluss der Stadt Frankenberg/Sa. für das Haushaltsjahr 2026*
Vorlage: 2.2-326/2026/1

Die Sachbearbeiterin Haushalt erläutert den Sachverhalt. Dies ist derselbe formale Beschluss wie jedes Jahr. Sonst müsste ein Gesamtabschluss mit allen Gesellschaften aufgestellt werden. Dies ist aber über den Beteiligungsbericht abgebildet.

Die Fraktionsvorsitzende des BSW fragt nach, ob dies nicht grundsätzlich in einer Satzung geregelt werden kann. Dies wird von der Verwaltung verneint, da der Beschluss durch die Gemeindeordnung gefordert ist.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt den Verzicht der Erstellung des Gesamtabchlusses für die Stadt Frankenberg/Sa. für das Haushaltsjahr 2026.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 19 Stadträte
	20 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	0 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 12 *Beschluss zur Haushaltssatzung 2026 mit Haushaltsplan der Stadt Frankenberg/Sa.*
Vorlage: 2.2-325/2026/2

Der Bürgermeister führt in den Sachverhalt ein. Der Beschluss ist wichtig für die Handlungsfähigkeit der Stadt.

Die Sachbearbeiterin Haushalt ergänzt, dass die Rücklagen Ende 2026 aufgebraucht sein werden und für 2027 ein HSK notwendig sein wird.

Der Bürgermeister zeigt sich optimistisch. Dennoch sind keine Investitionen möglich. Es stehen keine Eigenmittel für Fördermittel zur Verfügung. Dies ist nur möglich über den Sachsenfonds. Die Fraktionsvorsitzende des BSW fordert, dass zeitnah mit dem HSK begonnen wird.

Der Bürgermeister bittet die Stadträte nochmals um Ideen zum HSK. Zudem versichert er, dass in der Verwaltung weiterhin am HSK gearbeitet wird, beispielsweise tritt die Stadt aus dem Regionalmanagement C2025 aus.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU betont, dass alles kritisch angesehen werden muss, auch die Veräußerung von Gebäuden sollte geprüft werden. Bei den Investitionen über den

Sachsenfonds muss unbedingt auf Folgekosten geachtet werden. Der Bürgermeister ergänzt Beispiele.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD dankt der Kämmerei für die Aufstellung des Haushaltes. Er wird dennoch nicht zustimmen, da er den Druck erhöhen will, dass Einsparungen getroffen werden.

Beschluss

Der Stadtrat der Stadt Frankenberg/Sa. beschließt für den Haushalt 2026 die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Stadt Frankenberg/Sa. mit den Ortsteilen Altenhain, Dittersbach, Langenstriege, Mühlbach/Hausdorf und Sachsenburg/Irbersdorf in der vorliegenden Fassung.

Es werden folgende Haushaltsbegleitbeschlüsse gefasst:

1. Den im Haushaltsplan enthaltenen Budgetierungsregeln wird zugestimmt.
2. Im Sonderergebnis werden außerplanmäßige Aufwendungen für zulässig erklärt, sofern sie sich aus Veränderung der Zuordnung zu den einzelnen Haushaltsteilen, Wertberichtigung von Forderungen und Veränderungen der Bewertung im Umlauf- und Sachanlagevermögen ergeben.
3. Im Ergebnis- und Finanzhaushalt werden über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für zulässig erklärt, sofern sie durch veränderte Zuordnungen in den jeweiligen Haushaltsteilen entstehen und keine zusätzlichen liquiden Mittel benötigt werden.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 19 Stadträte
	16 Ja- Stimmen	4 Gegenstimmen
	0 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

Der Bürgermeister wird die Damen und Herren Stadträte über das Inkrafttreten des Haushaltes informieren.

TOP 13 *Beschluss zur Beteiligung der Stadt Frankenberg/Sa. im Rahmen der öffentlichen Auslegung zum Entwurf des Raumordnungsplanes Wind (ROPW)* ***Vorlage: 3.1-163/2026/1***

Zum Tagesordnungspunkt wurde von der AfD-Fraktion vor der Sitzung ein Antrag eingereicht. Aufgrund des Antrags ergibt sich für den Bürgermeister ein Interessenskonflikt, da er stellvertretendes Mitglied im Planungsverband ist. Er zeigt deshalb Befangenheit an und setzt sich in den Zuschauerbereich. Der 1. Stellvertretende Bürgermeister übernimmt die Leitung des TOP und übergibt das Wort an den Amtsleiter Bauaufgaben.

Der Amtsleiter Bauaufgaben erläutert, dass zwei Gebiete ausgewiesen sind, die Frankenberg betreffen. Die Stadt wird eine Stellungnahme abgeben. Er weist darauf hin, dass jede Person eine Stellungnahme abgeben kann.

Der 1. Stellv. Bürgermeister teilt mit, dass es zum TOP einen Antrag der AfD-Fraktion gibt. Er übergibt das Wort an den Antragsteller.

Ein Vertreter der AfD-Fraktion kritisiert, dass der Antrag nicht vorliegt. Er verliest den Antrag und begründet diesen.

Der Stadtrat beschließt, eine Stellungnahme zum ROPW mit folgenden Kernforderungen einzureichen:

1. *Strikte Ablehnung der Reduzierung des Siedlungsabstandes auf 600 Meter im Windeignungsgebiet WEG 27 (Bereich Mühlbach/Altenhain). Die Stadt Frankenberg/Sa. fordert vehement die Beibehaltung des landesweit üblichen und raumordnerisch verankerten Mindestabstandes von 1.000 Metern zur Wohnbebauung, um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Lärm, Infraschall und optisch bedrängender Wirkung uneingeschränkt zu gewährleisten.*

2. *Kategorische Ablehnung der Ausweisung von Windeignungsgebieten auf Waldflächen, insbesondere im Gebiet WEG 29 („Viehwegbusch“). Die Stadt Frankenberg/Sa. fordert die komplette Herausnahme von Wald- und Forstflächen aus den Planungen des Regionalen Planungsverbandes.*

Der Punkt 2 wird konkretisiert und in Satz 2 eine Ergänzung vorgenommen:

Die Stadt Frankenberg/Sa. fordert die komplette Herausnahme von Wald- und Forstflächen in der Stadt Frankenberg/Sa. aus den Planungen des Regionalen Planungsverbandes.

Eine Stadträtin verlässt den Sitzungssaal, somit sind noch 19 Stimmberechtigte anwesend.

Der 1. Stellv. Bürgermeister fragt nach Wortmeldungen zum Antrag und zum Sachverhalt. Da dies nicht der Fall ist, verliest er nochmals den Antrag mit der Ergänzung und bittet um Abstimmung des Antrages.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 18 Stadträte
	15 Ja- Stimmen	1 Gegenstimmen
	2 Stimmenthaltungen	1 Befangenheit

Somit ist der Antrag angenommen und die Abstimmung über den ursprünglichen Beschlussvorschlag obsolet.

Der Bürgermeister übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

TOP 14 *Beschluss zum Antrag des Ortschaftsrates Mühlbach/Hausdorf zur Windkraft* ***Vorlage: 3.1-162/2026/1***

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt. Ursprünglich war der Sachverhalt ein Antrag des Ortschaftsrates Mühlbach/Hausdorf. Die Verwaltung hat diesen abgeändert und für die gesamte Stadt übernommen. Der Beschluss ist ein Bekenntnis zum Abstand von 1.000 m zur Wohnbebauung.

Die Stadträtin betritt den Sitzungssaal, somit sind 20 Stimmberechtigte anwesend. Seitens der Damen und Herren Stadträte gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt bei Bauanträgen für Windenergieanlagen, einer Unterschreitung des Mindestabstandes von 1.000 m zur Wohnbebauung im gesamten Gemeindegebiet der Stadt Frankenberg/Sa. nicht zuzustimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 19 Stadträte
	18 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	2 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 15 *Beschluss zum Kommunalinvestitionskraftstärkungsverordnung – KomInvStärkVO / SaFoG-Mittel (Sachsenfonds) Vorlage: 3.1-160/2026/2*

Der Amtsleiter Bauaufgaben erläutert den Sachverhalt. Die Mittel aus dem Sachsenfonds sollen als Eigenmittel für andere Förderprogramme eingesetzt werden. Der Amtsleiter nennt und erläutert die geplanten Maßnahmen und weist darauf hin, dass Änderungen auch später noch möglich sind.

Der Bürgermeister gibt ergänzende Hinweise. Er wird den Technischen Ausschuss regelmäßig über neue Sachverhalte informieren.

Die Fraktionsvorsitzende des BSW informiert, dass die Fraktion BSW ebenfalls Maßnahmen eingereicht hatte. Enthalten war der Umbau der Kita Taka-Tuka-Land. Der Punkt wird zurückgezogen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Maßnahmen der Fraktion BSW erst am 03.06. nach dem Technischen Ausschuss eingereicht wurden. Dies wird von einer Stadträtin der BSW-Fraktion bestätigt.

Beschluss

Der Stadtrat ermächtigt den Bürgermeister die Einzelmaßnahmen der beigegeführten Projektliste über den Sachsenfonds anzumelden. Hierzu sind im Haushalt in den Folgejahren entsprechende Planansätze vorzusehen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 19 Stadträte
	20 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	0 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 16 *Beschluss zur Anpassung der Vereinsmieten Vorlage: 3.1-149/2026/3*

Der Amtsleiter Bauaufgaben erläutert den Sachverhalt. Die Erhöhung der Mieten wurde durchgerechnet und die Auswirkungen auf die Vereine im Ausschuss diskutiert. Gemeinsam wurde sich darauf geeinigt, die Mieten im kommenden Jahr beizubehalten.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU sowie eine Stadträtin derselben Fraktion danken dem Hauptausschuss für diesen Vorschlag. Die Erhöhung der Kaltmieten wäre für die Vereine eine enorme Belastung, bringen der Stadt aber nicht viel.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt die aktuellen Mieten für Vereine bis zum 31.12.2027 beizubehalten. Der Beschluss wird befristet bis zum 31.12.2027 und dann erneut beraten.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 19 Stadträte
	19 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	1 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 17 *Beschluss zur Verwendung der verbliebenen Spendengelder aus der Instandsetzung des Marktbrunnens "Nackscher Mann"* ***Vorlage: 3.2-181/2026/3***

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt und dankt allen Spendern nochmal ausdrücklich. Ein Teil der Spendengelder wurde für eine Gedenktafel aufgewendet. Für die verbliebenen Gelder wurden von den Fraktionen Vorschläge eingereicht. Der Hauptausschuss hat sich mehrheitlich darauf geeinigt, die verbliebenen Spendengelder für die Sanierung des Mahnmals im Volkspark einzusetzen.

Eine Stadträtin verlässt den Sitzungssaal. Somit sind 19 Stimmberechtigte anwesend.

Der Fraktionsvorsitzende der AFD ist mit dem Beschluss sehr zufrieden, da diese Maßnahme der Vorschlag der AfD-Fraktion war.

Die Fraktionsvorsitzende des BSW informiert, dass der Vorschlag der BSW-Fraktion die Sanierung des Wasserspielplatzes war. Dieser wurde aber zurückgezogen, da dies bereits erfolgt ist.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU fasst nochmal alle Vorschläge zusammen und erklärt, weshalb sich auf diese Maßnahme geeinigt wurde.

Beschluss

Der Stadtrat beschließt die Spendengelder in Höhe von 3.322,52 € für die Sanierung der Inschrift des Mahnmals am Volkspark zu verwenden.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 18 Stadträte
	19 Ja- Stimmen	0 Gegenstimmen
	0 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

TOP 18 Beschluss zum Antrag der AfD-Fraktion - Offenlegung aller freiwilligen Aufgaben

Vorlage: 0.1-937/2026/3

Die Stadträtin betritt den Sitzungssaal. Somit sind 20 Stimmberechtigte anwesend.

Der Bürgermeister führt in den Sachverhalt ein. Der Antrag wurde im Ausschuss von einem Mitglied der AfD-Fraktion zurückgezogen. Da dies aber durch den Fraktionsvorsitzenden erfolgen muss, war die Rücknahme nicht rechtmäßig. Er übergibt das Wort an einen Vertreter der AfD-Fraktion zur Vorstellung und Begründung des Antrages.

Ein Stadtrat der AfD-Fraktion stellt den Antrag vor. Der Antrag wird im ersten Absatz in zwei Punkten geändert:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, dem Stadtrat bis zum 09.10.2026 eine vollständige und tabellarische Übersicht aller von der Stadt Frankenberg/Sa. (einschließlich FKG) wahrgenommenen freiwilligen Aufgaben sowie der finanziell beeinflussbaren (disponiblen) Anteile von Pflichtaufgaben vorzulegen, soweit diese nicht durch gesetzliche Mindeststandards zwingend vorgegeben sind. Um eine Vergleichbarkeit mit den bereits von der Verwaltung vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen zu gewährleisten, sind alle Aufgaben ab einem jährlichen Zuschussbedarf von 5.000 EUR zu berücksichtigen, soweit die entsprechenden Daten mit vertretbarem Verwaltungsaufwand verfügbar sind.

Die Übersicht wird benötigt, um Vorschläge für das HSK machen zu können, soll der Verwaltung aber keinen unnötigen Aufwand machen.

Der Bürgermeister erklärt nochmal, dass alle Zahlen für alle bekannt sind durch den Haushalt. Die Abgrenzung zwischen freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben ist teilweise nicht möglich, er nennt Beispiele hierzu. Die Verwaltung wird die Zahlen natürlich vorlegen, wenn der Stadtrat dies so beschließt.

Die Fraktionsvorsitzende des BSW unterstützt den Antrag. Vor allem für die vielen neuen Stadträte wäre diese Übersicht wichtig.

Aus Sicht des Fraktionsvorsitzenden der CDU ist der Antrag Verwaltungsbeschäftigung. Er empfiehlt, den Haushalt thematisch und strukturell zu betrachten und gezielt Maßnahmen anzufragen.

Ein Stadtrat der CDU-Fraktion schlägt vor, erstmal nur rein freiwillige Aufgaben aufzulisten. Hierzu erklärt der Bürgermeister, dass es nur sehr wenige rein freiwillige Aufgaben gibt.

Die Fraktionsvorsitzende des BSW weist darauf hin, dass die Stadträte die Aufgabe ehrenamtlich machen und es nicht zumutbar ist, den Haushalt durchzuarbeiten. Der Bürgermeister empfiehlt, dass der Stadtrat besser konkrete Maßnahmen nennt, die dann erläutert werden.

Ein Stadtrat der AfD-Fraktion weist darauf hin, dass die Fraktion anstelle eines Antrages auch Anfragen hätten stellen können, die Verwaltung aber nicht unnötig belastet werden soll. Er kritisiert aber, dass nicht weiter am HSK gearbeitet wird.

Der Bürgermeister versichert, dass die Verwaltung stetig am HSK arbeitet und eigenständig Sparmaßnahmen umsetzt. Der Fachbereich Finanzen war primär mit der Aufstellung des Haushaltes beschäftigt.

Beschluss

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, dem Stadtrat bis zum 30.06.2026 eine vollständige und tabellarische Übersicht aller von der Stadt Frankenberg/Sa. (einschließlich FKG) wahrgenommenen freiwilligen Aufgaben sowie der finanziell beeinflussbaren (disponiblen) Anteile von Pflichtaufgaben vorzulegen, soweit diese nicht durch gesetzliche Mindeststandards zwingend vorgegeben sind. Um eine Vergleichbarkeit mit den bereits von der Verwaltung vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen zu gewährleisten, sind alle Aufgaben ab einem jährlichen Zuschussbedarf von 1.000 EUR zu berücksichtigen, soweit die entsprechenden Daten mit vertretbarem Verwaltungsaufwand verfügbar sind.

Die Übersicht muss pro Aufgabe mindestens folgende Kennzahlen enthalten:

Bezeichnung der Aufgabe/Einrichtung (z. B. Freibad, Gedenkstätte, Stadtbibliothek, Marketing, Vereinsförderung)

Jährlicher Zuschussbedarf (Netto-Ergebnis) der Jahre 2024, 2025 sowie der Planansatz 2026 einschließlich prozentualer Veränderung

Aufschlüsselung der Kosten in Personal- und Sachkosten

Rechtliche Einordnung (freiwillige Leistung oder disponibler Anteil einer Pflichtaufgabe)

Vertragliche Bindungen (insbesondere Laufzeiten und Kündigungsfristen von Pacht-, Leistungs- oder Honorarverträgen)

Fördermittel-Status (Rückzahlungsverpflichtungen bei Reduzierung/Einstellung, einschließlich Höhe und Dauer der Zweckbindung)

Leistungskennzahlen (z. B. Besucher-, Nutzer- oder Fallzahlen des letzten vollen Kalenderjahres)

Die Darstellung kann in aggregierter Form erfolgen, sofern Einzelangaben aus datenschutz- oder vertragsrechtlichen Gründen nicht offengelegt werden können.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Soll:	Bürgermeister und 22 Stadträte
	Anwesend:	Bürgermeister und 19 Stadträte
	5 Ja- Stimmen	9 Gegenstimmen
	6 Stimmenthaltungen	0 Befangenheit

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Der Bürgermeister bittet nochmals um Vorschläge zum HSK.

TOP 19 *Mitteilungen und Anfragen*

Der Bürgermeister hat folgende Mitteilungen:

Der Bereich Finanzen informiert, dass der Haushalt wie jedes Jahr ausgelegt hat. In den letzten Jahren gab es keine Einsichtnahmen oder Einwände.

Der Bürgermeister teilt ergänzend mit, dass der Abriss des Gebäudes Altenhainer Straße 29 nun beginnen soll. Die Straßensperrung erfolgt über den Landkreis und soll etwa 6 – 8 Wochen dauern.

Seitens der Stadträte gibt es nachstehende Anfragen:

Eine Stadträtin der CDU-Fraktion fragt an, warum eine Esskastanie im Volkspark gefällt wurde und ob Ersatzpflanzungen geplant sind.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Baumkontrolleure des Bauhofes vermutlich festgestellt haben, dass eine Fällung notwendig ist. Er wird über der Amt für Bauaufgaben die Gründe und evtl. geplante Ersatzpflanzungen prüfen lassen.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD erkundigt sich zum Stand der Stadtratsniederschriften. Der Bürgermeister bittet daraufhin die Fraktionsvorsitzenden nach der Sitzung um einen gemeinsamen Abstimmungstermin zum Thema Niederschriften zu koordinieren.

Ein Stadtrat der AfD-Fraktion weist auf die verwahrloste Ecke Lerchenstraße (Altglascontainer) hin. Der Bürgermeister antwortet, dass der Standort regelmäßig kontrolliert und bereinigt wird. Nach einem Gespräch mit dem Entsorger kann mitgeteilt werden, dass auch bei ihm die Lerchenstraße im Fokus ist und darüber nachgedacht wird, den Containerstandort komplett aufzugeben.

Der Bürgermeister beendet die öffentliche Stadtratssitzung um 21.34 Uhr.

Vorsitzender des Stadtrates

Stadträte



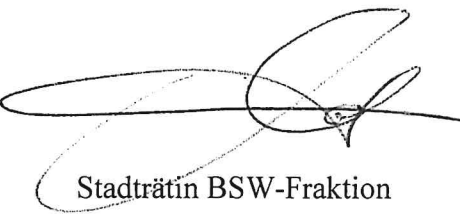
Bürgermeister



Stadtrat AfD-Fraktion



Protokoll



Stadträtin BSW-Fraktion